DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

3/83

1933–1983 Konsequenzen ziehen

Das Jahr 1983 hat viele Tage, die an Ereignisse erinnern, an denen man nicht vorübergehen darf. Ereignisse, die direkt dazu auffordern, Stellung zu beziehen. Da ist zum Beispiel der 3o. Januar 1933. Der Tag, an dem Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte. Die Ernennung, das ist doch wohl ein Akt, der überhaupt nichts mit Demokratie zu tun hat.

Diese Erkenntnis müßte eigentlich heute zu der Frage führen: Welcher Zustand muß da in der Weimarer Republik bestanden haben, wenn nicht der Reichstag den Kanzler gewählt hat? Ja sogar die Ernennung von den Industrie- und Bankherren gefordert worden ist?

Ja, wie war denn der Zustand? War er nicht so, daß vom 18.Juli 193o an die einfachsten demokratischen Rechte beseitigt wurden? An diesem Tag löst der Generalfeldmarschall a.D. den Reichstag auf, weil dieser z.B. Steuererhöhungen und die Kopfsteuer abgelehnt hat. 8 Tage später erläßt Brüning die erste Notverordnung. Es folgte eine Serie von Notverordnungen, wovon die zur Ordnung von Wirtschaft und Finanzen sogar die Tarifhoheit der Gewerkschaften mißachten!

Im Sog der Krise und im Sog der Politik der Legalität, der Duldung der Entmachtung der Parlamente wurden die Nazis zur Massenpartei. Das führte zu einer Fehleinschätzung, die den SPD-Vorsitzenden Otto Wels im Neujahrsaufruf 1932 veranlaßte zu schreiben: "Zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus fällt im Jahre 1932 die Entscheidung."

Es waren eben nicht nur die "Nationalsozialisten", die der Sozialdemokratie und allen Arbeiterparteien gegenüberstanden, es war die Harzburger Front, es war die Generalität um Hindenburg, der bereits am 1o.Oktober 1931 mit Hitler und Göring über die Teilnahme der Nazis an der Regierung verhandelt hat.

Hitler und seine Nazis wurden systematisch aufgebaut, während gleichzeitig mit der Notverordnungspolitik die Republik systematisch zerstört wurde.

Daran sollte man denken, wenn wir die vielfältigen Aktivitäten in diesen Tagen und Wochen einschätzen.



Hrsg: VVN/Bund der Antifaschisten ViSdP: W. Hundertmark, Buchtstr. 12, 28 HB

Tagebuch

Da fand am 29.1.83 in Hamburg eine der großen antifaschistischen Demonstrationen (25 000 Teilnehmer wurden gezählt) anläßlich dieses Jahrestages statt. Die VVN/BdA organisierte die Fahrt der etwa 450 Bremer Teilnehmer. Durch Transparente, Plakate und Fahnen der VVN/BdA erhielt die Demonstration ein deutlich antifaschistisches Gepräge.
Unsere Organisation wurde in den Medien, selbst im Fernsehen als eine starke Kraft dieser Veranstaltung genannt.
Auf einer Auftaktkundgebung sprachen Antifaschisten, die den Widerstand gegen das Naziregime erlebt hatten, sowie Mitglieder der Friedensbewegung und ein ausländischer Kollege.
Die Abschlußkundgebung am Gewerkschaftshaus war vom DGB organisiert. Günther Döding, (NGG) rief mit seiner Rede u.a. zum Verbot aller neonazistischen Gruppen und Organisationen auf, und formulierte damit eines unserer wesentlichen Anliegen.

Zum 50. Jahrestag der Machtergreifung des Hitlerfaschismus

Am 3o.1.83 haben die Bremer VVN/BdA Stadtteilgruppen von 9-17 Uhr eine Mahnwache auf dem Rathausplatz durchgeführt.
Unser Ziel war, an diesem für die Geschichte unseres Landes so verhängnisvollen Tag, in der Innenstadt mahnend für alle Sonntagsspaziergänger präsent zu sein.
Wir wurden dabei von der Gewerkschaftsjugend, sowie Mitgliedern der DFU und DKP unterstützt.
Ein eindrucksvolles Bild bot sich, als am frühen Nachmittag zahlreiche Veteranen der Arbeiterbewegung und Widerstandskämpfer mit mahnenden Plakaten "Nie wieder Krieg"
"Nie wieder Faschismus"
"Keine neuen Atomraketen"
die Besucher der Innenstadt an die heute aktuellen Forderungen erinnerten.

Am 7.2.83 hatte die Gruppe Mitte/Ost der VVN/BdA zusammen mit dem Bürgerhaus Weserterrassen zu einem Informationsabend zum Thema "Gibt es Neonazis in Bremen" eingeladen. Referent des Abends war H.G. Brandt. Die vielen Informationen dieses Abends können hier nicht wiedergegeben werden.
Deshalb nur einige Fakten zur groben Orientierung:
Seit dem Germesheimer Parteitag bestimmt innerhalb der NPD die national-revolutionäre Strömung,(ähnlich wie in der Weimarer Republik Strasser, Röhm, Niekisch) die Richtung. "Opa's NPD ist tot", das hat sich auch im Landesverband Bremen der NPD durchgesetzt, jedenfalls vertrat der Bremer Vorsitzende Karl-H. Vorsatz beim NPD-Landesparteitag im November 1982 in seinem Rechenschaftsbericht die politische Neuausrichtung der Partei, die mit national verbrämten und verkleisterten Leitlinien einen Ausweg aus der ökonomischen Krise zu zeigen meint. Offensichtlich findet sie mit ausländerfeindlichen Parolen Gehör auch unter Jugendlichen.
Obwohl die vielen Gruppen des rechten Spektrums ideologisch zerstritten erscheinen, gibt es doch im breiten Umfeld rechtslastiger Aktivitäten eine starke Verfilzung von Personen und Gruppen.

H.G. Brandt verwies darauf, daß das Augenmerk der Antifaschisten stärker als bisher auch auf solche Gruppen gerichtet werden muß, die den Nährboden für faschistische Politik in sozialistischem Mäntelchen bereiten.
Uns allen muß es wichtiges Anliegen sein, unsere Auseinandersetzung mit den langfristigen ideologischen und praktischen Zielen dieser Gruppen und Personen zu intensivieren.

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg! Keine neuen Atomraketen!



Wochenende in Seppensen 12./13.2.83

Wir berichten aus den Arbeitsgruppen.



In unserer Arbeitsgruppe Geschichte beschäftigten wir uns mit dem ersten Teil des Orientierungs- und Aktionsprogramms, in dem es um Ursachen und Auswirkungen des Faschismus und die politische Bedeutung des antifaschistischen Widerstandskampfes geht.
Wir stellten den verschiedenen Aussagen aus den Reden, die anläßlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung durch die Faschisten in der Bremer Bürgerschaft gehalten wurden, die Positionen unseres Programms gegenüber.
Dabei stellten wir fest, daß die Hintergründe, die zum Faschismus-Regime führten, von keinem der Redner eindeutig benannt wurden.
Das Programm nennt dagegen die Gründe klar beim Namen: Interessen des Finanz- und Rüstungskapitals sowie die Reichswehrführung tragen die historische Verantwortung".
Sehr deutlich geht aus unserm Programm hervor, daß die antifaschistischen Widerstandskämpfer die "Grundlage für die Rückkehr (des deutschen Volkes) in die Gemeinschaft der Völker nach 1945" legten.
Die Aufgabe aller Antifaschisten ist es, die demokratischen Grundrechte zu sichern und insbesondere die Jugend aufzuklären über die Zusammenhänge zwischen Faschismus und Krieg und die historische Bedeutung des antifaschistischen Widerstandes, und sie zum Eintreten für Frieden, Demokratie und Freundschaft unter den Völkern zu gewinnen.

Die Diskussion wurde anhand der folgenden drei Fragen geführt. Aus Platzgründen hier nur einige, kurze Ergebnisse der ausführlichen Beratungen:

1. Was macht der Programmentwurf für Aussagen zum Neofaschismus?

Der Programmentwurf enthält eine (willkürliche) Aufzählung von Gruppen und Erscheinungsformen der Neonazis. Die Inhalte und Funktion von Naziideologie werden nur verkürzt dargestellt. Die Arbeitsgruppe hält es für notwendig, das Programm um Aussagen zur Ideologie des Nazismus zu ergänzen und darauf hinzuweisen, daß Neonazis aktuelle Probleme der Gesellschaft (wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung) aufgreifen und Lösungsvorschläge entsprechend ihrer Ideologie (wie Betriebsgemeinschaft, Blut & Boden) vorlegen.
Da der Kampf gegen Neonazis auf mehreren Ebenen (politisch, ideologisch, juristisch) geführt werden muß, muß entsprechend auf deren Auftreten eingegangen und die aktive Erziehung zu antifaschistischem Bewußtsein propagiert werden. →





Preisfrage:
Wer von den oben dargestellten Personen darf in der BRD Richter sein?

Fortsetzung:

(2.) Wie wird die Ausländerfeindlichkeit eingeschätzt?

Der Programmentwurf vergleicht die Ausländerfeindlichkeit mit dem Rassismus der Nazis und setzt spezielle Kenntnisse über das Problem voraus. Er verwendet Schlagworte wie "Überfremdung" und "genetische Reinhaltung" und geht auf die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit nicht ein. Entsprechend fehlen Aussagen, was konkret zu tun und zu fordern ist.

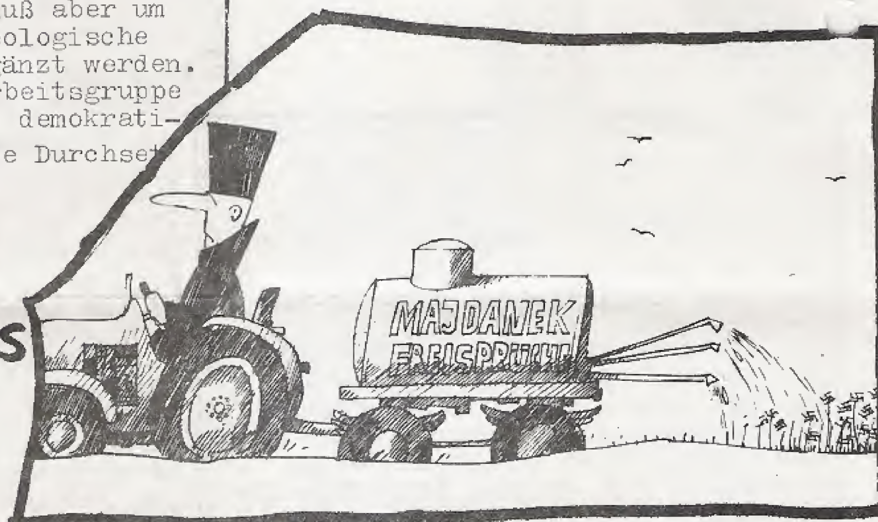
(3.) Bietet der Programmentwurf Handlungsansätze für die Auseinandersetzung mit neonazistischen Kräften?

Der Programmentwurf legt quantitativ den Schwerpunkt auf Repression (Verbot, Auflösung, Strafverfahren). Diese ist notwendig, muß aber um die politische und ideologische Auseinandersetzung ergänzt werden. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe soll die Notwendigkeit demokratischer Gegenwehr und die Durchsetzung antifaschistischer Prinzipien (wie Humanismus, Demokratie, Völkerfreundschaft) auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärker betont werden. Der Programmentwurf verzichtet auf Aussagen, wie die Auseinandersetzung mit Mitgliedern und Sympathisanten neofaschistischer Gruppen konkret geführt werden soll.
Inhalte und Methoden antifaschistischer Arbeit werden nur kurz angesprochen.

Allgemeine Kritik und Zusammenfassung:

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, im Programm nach Ideologie, Politik und Aktionen von Neonazis differenzierte Ausführungen zu machen.

AG Neonazismus ↑

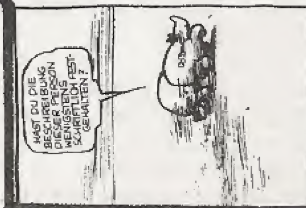


AG Frieden ↘



Der Entwurf gliedert sich in den Teil I - den historischen Hintergrund, Teil II - die Entwicklung in der BRD, und Teil III - unsere Alternative.
Entsprechend der Gliederung haben wir zuerst nach den Aussagen des Entwurfs in den Abschnitten I.2., II.2. und III.2. gefragt.
In I.2. wird deutlich die historische Verantwortung des Finanz- und Rüstungskapitals für Faschismus und Krieg benannt. Antifaschisten haben auf diesen Zusammenhang schon in den 2o er Jahren hingewiesen.
Sie haben auch unter den schwierigen Bedingungen des illegalen Kampfes ihre Aufklärungsarbeit fortgesetzt.
Wenn die Befreiung der deutschen Bevölkerung von Krieg und faschistischer Herrschaft nicht aus eigener Kraft sondern durch die Antihitlerkoalition und in besonderem Maße durch die Sowjetunion erfolgte, so hatte der antifaschistische Widerstand seinen Teil zur Beendigung des Krieges beigetragen. →





Fortsetzung Arbeitsgruppe "Frieden"

Dieser Kampf war bedeutsam für das Erkennen des verbrecherischen Charakters des Faschismus.
Das Beispiel der antifaschistischen Widerstandskämpfer widerlegte auch die These von der "Kollektivschuld" des deutschen Volkes und war die Grundlage für die Rückkehr in die Völkergemeinschaft.
Für den Schluß des Abschnitts I.2. schlägt die Arbeitsgemeinschaft die Streichung des letzten Absatzes in diesem Teil vor.
Es handelt sich um Forderungen, die in den Teil III.2. gehören. Hier an dieser Stelle muß stärker das antifaschistische Vermächtnis herausgestellt werden. Es wurde allerdings keine Formulierung ausdiskutiert.

Vorschlag:
Antifaschistische Politik heute geht von der Erkenntnis aus

- ein Krieg bricht nicht aus, sondern er wird vorbereitet
- Kriege werden nicht für die "Freiheit des Volkes" sondern für ökonomische Machtinteressen vorbereitet.
- um einen Krieg vorbereiten zu können, müssen die sozialen und demokratischen Rechte abgebaut werden
- die Verbreitung der Wahrheit über die Hintergründe dieser Entwicklung ist eine voraussetzung für die Fortexistenz eines Volkes in der Völkergemeinschaft.

Teil II Fortsetzung April-Nr.

Ausstellungen

Untere Rathaushalle
"Arbeiterbewegung und antifaschistischer Widerstand in Bremen"
Gemeinsamer Besuch: 11.3., 16.00

Schlachthof:
"Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede"
Gemeinsamer Besuch: 14.3. 15.oo

Staatsarchiv:
"Aufruf und Anklage", Kunst für die Bremer Arbeiterbewegung
Gemeinsamer Besuch: 1o.3.83, 17.00

Überseemuseum
"Ökologische Folgen eines Krieges am Beispiel Vietnam"
Gemeinsamer Besuch: 17.3. 16.oo

notiert

Die Initiative Solidaritätsbasar teilt uns mit:
Unter dem traditionellen Motto " Solidarität ist unsere Stärke " konnte auch der 17.Solidaritätsbasar zugunsten der Völker Vietnams,Kampucheas und Chiles am 26./27.Nov.1982 im ST.Stephani-Gemeindehaus erfolgreich durchgeführt werden.
Durch den Verkauf von Sachspenden, das Kulturprogramm am 2.Basartag sowie die Geldbeträge,die auf das Solidaritätskonto eingezahlt wurden belief sich der Reinerlös auf
32.885,36 DM

Wir möchten uns hiermit bei den Unterstützern und Spendern sowie den Gruppen, die das Kulturprogramm mit gestaltet und damit zum Erfolg beigetragen haben,im Namen derer bedanken,zu dessen Hilfe diese Veranstaltungen durchgeführt wurden.
Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie darüber informieren,daß für unser Projekt " Eine Nähnadelfabrik für Vietnam " im Dezember 1982 alle Maschinen mit Zubehör aus Japan in Ha Dong eingetroffen sind,so daß jetzt mit der Einrichtung der Gebäude begonnen werden kann.

Beachtet die Termine der Initiative, z.B. die Ausstellung im Überseemuseum Bremen
"Ökologische Folgen eines Krieges-Zum Beispiel Vietnam" bis 30.4.83

Chronik März 1933

1.3.1933
Die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat" vom 28.2.33 wird angewendet:
Das Parteihaus der KPD, die Parteidruckerei, das Büro der IAH und Räumlichkeiten der diesen Organisationen nahestehenden Gruppen werden von der Polizei durchsucht. Sämtliches Druck- und Schriftmaterial wird beschlagnahmt.
Alle Demonstrationen und Versammlungen der Kommunisten werden verboten.
-Nach einer Massenveranstaltung der Eisernen Front in den Zentralhallen, auf der Alfred Faust sprach, schießt die SA in der Waller Heerstr. in eine Gruppe heimkehrender Kundgebungsteilnehmer und trifft den Reichsbannermann Johann Lücke tötlich, mehrere andere Arbeiter werden schwer verletzt.

3.3.33
-Verbot der "Bremer Volkszeitung" für eine Woche.
-Die Hemelinger Polizei wird bereits vor den Wachen durch Stahlhelmer und SA-Leute verstärkt.

4.3.33
-40 Funktionäre der KPD werden festgenommen.
-Massendemonstration der "Eisernen Front", SPD-Senator Kleemann spricht.

5.3.33
-Reichtagswahl
In Bremen stimmen für die Hitlerregierung:

NSDAP	78124
Kamffront Schwarz-Weiß-Rot	34623
	112747
Sozialdemokraten	72707
Kommunisten	31553
Übrige Parteien	22403

Die Nazis verfügen damit nicht über eine Mehrheit.

6.3.33
-Die Nazis demonstrieren ihre Macht auf dem Marktplatz, die Polizei greift trotz des Gesetzes über die Bannmeile nicht ein. Die sozialdemokratischen Senatoren Kaisen, Kleemann und Sommer erklären ihren Rücktritt, auf Forderung der Nazis erklärt jetzt der Senat in seiner Gesamtheit den Rücktritt.

8.3.33
-Offiziell wird für ganz Bremen eine Hilfspolizei aus Angehörigen der SA, der SS, des Stahlhelms und der Gefolgschaft Ehrhardt eingerichtet. Zahlreiche Beamte, die der SPD und der KPD angehören, werden im Verlauf dieses Monats entlassen.

10.3.33
-Die Bürgerschaft beschließt ihre Auflösung.

17.3.33
-Die Reichsregierung ermächtigt Dr Markert, einen neuen Senat zu bilden. Ihm gehören ausschließlich Mitglieder der NSDAP und der Kampffront "Schwarz-Weiß-Rot" an.

20.3.33
Adolf Hitler wird auf Beschluß des Senats das Ehrenbürgerrecht verliehen.
(1946 wird es auf Beschluß von Bürgerschaft und Senat entzogen)

22.3.33
Verbot des Reichsbanner und der Eisernen Front.

23.3.33
-Polizeirazzien in Gröpelingen
-Die Bremer Tageszeitungen berichten von einer Flugblattaktion der Kommunisten. Die Flugblätter wurden vom Dachder Fa. Karstadt in die belebte Söge- und Obernstr. geworfen. Diese Art der Verteilung wichtiger antifaschistischer Informationen wurde mehrfach wiederholt.

28.3.33
Polizeirazzien im Krummen Viertel, Verhaftung weiterer kommunistischer Funktionäre. Besonders erpicht sind die Nazis darauf, illegale Druckereien und Druckereierzeugnisse zu finden. Der Widerstand durch illegale Zeitungen und Flugblätter warumfangreich und von den Nazis gefürchtet.

31.3.33
Verbot aller Sammlungen für die KPD, die Rote Hilfe, die IAH und die inhaftierten Gefangenen.

Stadtrundfahrten März

13.3.83 Stadrundfahrt per Rad
11.oo Stadthalle Bürgerweide (Stadtmitte und West)

Kommunistische Flugblätter vom Karstadt-Gebäude geworfen

Zu einem Zwischenfall kam es am Dienstag nachmittag vor dem Gebäude der Bremer Karstadt A.-G. Aus irgendeinem Fenster oder vom Dachgarten herab wurden kommunistische Flugblätter mit wüstestem Inhalt geworfen, die natürlich bei dem starken Verkehr und vor allem bei der festlichen Stimmung des Publikums auf der Obernstraße besonders unangenehm empfunden wurden. Einer der Täter, bei welchem noch Flugblätter gefunden worden sind, konnte festgenommen werden.

Wie wir von der Polizei erfahren, wurde dem Warenhaus strengste Anweisung erteilt, solche Vorkommnisse, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufs empfindlichste stören, in der Zukunft unmöglich zu machen, da sonst einschneidendere Maßnahmen notwendig werden.

BNZ 23.03.33

Ein Veteran berichtet :



Anfang Juni 1933 waren wir schon lange in der illegalen Arbeit tätig.Mit mehreren Genossen in unsererer Gruppe,die fast alle Parteimitglieder waren,trafen wir uns öfters in der Woche.Ein großer Teil der Genossen lebte schon in der Illegalität,da ihre Wohnung von der Gestapo überwacht wurde.So war bei unseren Treffs äußerste Vorsicht geboten,vor allem auf die Pünktlichkeit kam es an.Wir durften uns nicht verdächtig machen.

Willi Müller war der Kopf unserer Gruppe,wir waren so gegen 50 Mann, fast alles Seeleute,jung und unternehmungslustig.Wir haben unseren antifaschistischen Auftrag ernst genommen,weil wir wußten,Hitler bedeutet Krieg und den totalen Verlust demokratischer Rechte.

Der Interclub hatte damals seine Räume in der Hankensraße,dort hatte auch der Einheitsverband sein Büro, auch die Rote Hilfe war dort untergebracht.Bei der Machtübernahme wurden die Büros von der Polizei geschlossen.Bei unserer Zusammenkunft,die von Willi Müller vorbereitet wurde,trafen wir uns mit 10 Genossen und haben bei diesem Treff beschlossen,ein Flugblatt herauszugeben und dieses beim Kaufhaus Karstadt vom Dachgarten und von den Fenstern des Aufgangs zu den Etagen abzuwerfen.

Der Inhalt des Flublattes war,die Bevölkerung Bremens über die Verhaftungen in den Betrieben,sowie über die Mißhandlungen im KZ Mißler aufmerksam zu machen.Da in der Innenstadt immer großer Verkehr herrschte,schien uns die Obernstr. bei Karstadt der geeignetste Ort für die Flugblätter.Mit 4 Gruppen à 4 Mann machten wir uns auf den Weg zu Karstadt,wir mußten Vorsorge treffen,weil bei der vorletzten Aktion der Kamerad Willi Woyale verhaftet worden war.Als nun die ersten Flugblätter von oben herabfielen,warfen wir unsere Flugblätter zum Fenster hinaus und verschwanden dann.Wir hatten zur Vorsicht oben und unten beim Aufgang einen Mann postiert,der uns im Falle, wenn etwas schief ging,Rückendeckung geben sollte.Die Aktion mit den Flugblättern war uns gelungen.Von weitem beobachteten wir,wie die Polizei die herumliegenden Flugblätter einsammelte.

Ausstellung Rathaus:

Eine sehr wichtige Ausstellung über fast 30 Jahre Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung wurde am 18. Februar in der unteren Rathaushalle von Senator H.W. Franke eröffnet.
Sie läuft noch bis zum 16. März, ist täglich geöffnet von 1o - 18 Uhr, mittwochs von 1o - 21 Uhr und bildet wohl den Höhepunkt der Bremer Ausstellungen zur Erinnerung an die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vor 5o Jahren.

Unter der fachlichen Leitung von Mitarbeitern des Staatsarchivs und aus dem Hause des Senators für Wissenschaft und Kunst und unter hervorragender Mitarbeit eines Kreises von Arbeiterveteranen und Widerstandskämpfern, darunter Kameraden der VVN/BdA, ist hier eine Ausstellung entstanden, die nicht allein zum Angucken, sondern auch zum Anfassen ist. Beim Hindurchgehen werden bei älteren Bremern bestimmt manche Erinnerungen wach, vor allem aber bei jüngeren Besuchern kann diese anschauliche Ausstellung einen ausgezeichneten Einblick in die Zeit des I.Weltkrieges, der Novemberrevolution und Räterepublik in Bremen geben.
Denn sie zeigt viele Dokumente der Arbeiterbewegung zur Zeit der Weimarer Republik mit den Bereichen Arbeiterbildung- und Kultur, der Wirtschaftsentwicklung un Arbeitsbedingungen in

Bremen sowie der Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik und NS-Machtübernahme.

Die Abschnitte Nazionalsozialismus in Propaganda und Wirklichkeit sowie Verfolgung und Widerstand kommen in dieser Ausstellung sicherlich zu kurz.
Wir vermissen auch die Namen der Repräsentanten der NS-Wirtschaft.
Hatte man Angst vor zu großen Ähnlichkeiten mit den Wirtschaftsführern der Nachkriegszeit?
Die Nennung von Nazi-Größen, die sich um den "demokratischen" Aufbau der Bundeswehr, der Nachrichtendienste und des Verfassungsschutzes usw. "verdient" gemacht haben, wäre interessant gewesen.

Dennoch, diese Ausstellung zeigt Dinge und beleuchtet Situationen aus einer Zeit, die in den Geschichtsbüchern noch nicht vorhanden ist.
Ihre Stärke liegt sicherlich in der "Handgreiflichkeit" wertvoller Originale, die dem Besucher das Zurücksteigen in die unbewältigte Vergangenheit erleichtert.
- trotz alledem -

10.4.83 Stadtrundfahrt per Rad
11.oo Ostertorgefängnis (Stadtmitte/Ostertor)

17.4.83 Stadtrundfahrt per Rad
11.oo Bunker Pastorenweg Gröpelingen

24.4.83 Stadtrundfahrt per Rad
11.oo Martinistr/Martinikirche, (Neustadt)

TERMINE

Mitgliederversammlungen

Gruppe West
28.3.83, Jugendfreizeitheim Walle 19.3o

Gruppe Süd
16.3.83, Jugendfreizeitheim Geschworenenweg, 19.3o

Gruppe Mitte/Ost
27.4.83 Bürgerhaus Weserterrassen 19.3o (Märztermin fällt aus)

Gruppe Nord
9.3.83, Bürgerhaus Gustav Heinemann 2o.oo

Landesvorstand
16.3.83 Büro Buchtstr., 18.oo

Landesdelegiertenkonferenz
12.3.83 Niederdeutsches Theater, Waller Heerstr., 14.oo
Tagesordnung wie angekündigt.

Hauskassierer

Am 1o.März 83 ab 15 Uhr bis 16.45 erwarten wir die Hauskassierer zur Abrechnung des 1. Quartals 83. Wir bitten, diesen Termin unbedingt einzuhalten.
Zum 1o. März erwarten wir auch die Kameradinnen und Kameraden, die im Büro ihre Beiträge entrichten.
Um die Kosten für den Bundeskongreß 13./14./15.5.83 abzudecken, werden Kongreßmarken im Werte von 3.-/5.-/1o.- DM angeboten.
1.- DM ist Pflicht, wie auch die FIR-Marke zu 1.- DM.